

Etikettenschwindel und Selbstinszenierung

Ich bin Lars, Landtagskandidat der LINKEN im Wahlkreis Konstanz. Und ich bin heute hier, nicht nur um einer Katastrophe zu erinnern und zu mahnen – sondern um hier und jetzt Widerspruch zu leisten.

Denn während wir der Opfer von Hiroshima und Nagasaki gedenken – der hunderttausenden Ermordeten, der Überlebenden, die verstrahlt und vernarbt weiterleben mussten – bereiten sich deutsche Politiker und Medien wieder darauf vor, Kriege möglich zu machen. Kriegstüchtigkeit nennen sie es, und vergessen die Geschichte und das Elend.

80 Jahre ist es her, dass in Hiroshima und Nagasaki die Hölle auf Erden entfesselt wurde. Zwei Atombomben haben in Sekunden hunderttausende Menschen in Rauch aufgelöst – ohne Unterschied zerstörten sie alles, egal ob militärisch oder zivil. Alles, was von den Menschen und ihren Biographien, ihren Stätten und ihrer Kultur blieb, war radioaktive Asche, verbrannte Körper, Generationen von Überlebenden mit offenen Wunden an Leib und Seele.

Hiroshima mahnt. Nagasaki klagt an.

Und dennoch: Auch heute – im Jahr 2025 – ist die Gefahr eines Atomkriegs real. Ja, sogar wieder gewachsen. Die Zeit der Monstren ist wieder da: Das Recht des Stärkeren, die einzige Option der Abschreckung, eine Spirale aus Terror und Angst.

Die Bundesregierung setzt auf nukleare Teilhabe statt auf Diplomatie und Einbindung in Bündnisse. Deutschland will sich zur Führungsmacht Europas erheben, und wir hören das Echo der deutschen Geschichte.

US-Atomwaffen liegen bis heute auf deutschem Boden – und statt sie endlich abzuziehen, werden sie nun auch noch mit deutschen F-35-Kampfbombern einsatzfähig gemacht. Milliarden fließen in die Modernisierung von Vernichtungswaffen, während Schulen verfallen und Pflegekräfte fehlen. Das sogenannte „Sondervermögen

Bundeswehr“ ist ein Etikettenschwindel: Es ist ein Rüstungsfonds.
Ein Kriegskonto.

Und zugleich trommelt das Militär wieder fleißig, um die Kinder und Jugend in seine Fänge zu bekommen. Nein, wir werden nicht für die Nato sterben. Und nein, das Militär schafft keinen Frieden, nur die Stille eines Friedhofs.

In der Bodenseeregion zeigt sich, wie eng Zivilgesellschaft und Rüstungsindustrie verwoben sind:

Diese Region ist nicht nur Tourismus und Seeidylle – sie ist Teil der blutgetränkten militärischen Lieferkette. Und diese Lieferkette endet an der Front. In der Ukraine. Im Gazastreifen. Im Jemen.

- In Stockach produziert Rheinmetall Soldier Electronics Zielsysteme.
- In Friedrichshafen liefert ZF Getriebe für Kampfpanzer, MTU/Rolls-Royce baut Kriegsschiffmotoren.
- In Immenstaad entwickelt Airbus Defence & Space Satellitentechnik.
- In Überlingen stellt Diehl Defence Lenkwaffen her – und vergibt Stipendien an Studierende.
- In Konstanz sitzt mit KNDS Mission Electronics ein Hersteller von militärischer Elektronik für Panzer.

Statt Friedenspolitik erleben wir eine Entgrenzung:
Mehr Geld fürs Militär, weniger für soziale Gerechtigkeit. Und wer Kritik daran übt, wird öffentlich diffamiert.

Passend dazu möchte ich die Worte eines Überlebenden aus Hiroshima zitieren – Akira Ito sagte einmal: „Wenn wir all unsere Ressourcen, Technik und Wissenschaft nicht für militärische Zwecke, sondern für das Wohlergehen der Menschen einsetzen würden, könnte dieser Planet zu einem Paradies werden.“

Die Menschheit steht heute vor der Aufgabe, Wege aus der Eskalationsspirale zu finden – bevor es zu spät ist. Deutschland muss dafür seinen Beitrag leisten. Statt über neue Atomwaffen

nachzudenken, muss die Bundesregierung endlich den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und alle US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen. Statt immer weiter an der Eskalationsspirale zu drehen, brauchen wir eine Politik der Deeskalation und zivilen Konfliktlösungen – für Abrüstung, für Frieden und für eine Welt ohne Atomwaffen.

Doch anstatt Verantwortung zu übernehmen, setzt die Bundesregierung weiter auf Eskalation. Während Milliarden in nukleare Aufrüstung fließen, verkauft man symbolische Gesten als humanitäre Politik.

Während in Gaza Menschen unter Hunger, Bomben und Vertreibung leiden, steht Friedrich Merz – vor Kameras, mit Pathos – und feiert den Abwurf einiger Hilfspakete als humanitäres Signal: „Wir sind da, wir sind in der Region, wir helfen.“ Ein PR-Stunt auf dem Rücken der Zivilbevölkerung.

Denn was da abgeworfen wurde, war im besten Fall eine einzige Lkw-Ladung. Viele der Hilfspakete landeten im Meer, erreichten niemanden.

Die Ladung wurde ohne Koordination, ohne festgelegte Abwurfzone, ohne Sicherheitsstrukturen in ein hochriskantes Umfeld geworfen. Die Hilfe erreicht häufig nicht die Menschen, die sie am dringendsten brauchen – sondern eher diejenigen, die noch mobil genug sind, sich durch Trümmer und überfüllte Straßen zu einer solchen Abwurfstelle durchzuschlagen und vor Ort darum zu ringen. Menschen wurden dabei bereits von herabfallenden Paketen verletzt.

Und das Ganze war 35-mal teurer als ein Transport über Land. 35-mal mehr – für politische Selbstinszenierung. Eine reine Selbstinszenierung: Für scheinbare Tatkraft, während in Wahrheit Eskalation geduldet wird.

Und gleichzeitig liefert Deutschland Rüstungsgüter nach Israel – für einen Völkermord. Die Regierung, dieses Deutschland, trägt durch seine Waffen und seine Handlungsunwilligkeit Mitverantwortung für

die Barbarei. Denn die Politik schweigt nicht nur – sie liefert. Sie genehmigt. Und sie wird Teil eines Verbrechens, das die internationale Gemeinschaft nie wieder zulassen wollte.

Keine Ausreden mehr: Egal, ob es Waffen oder militärisch nutzbare Ausrüstung ist. In einem Völkermord wird es für Verbrechen gegen die Menschlichkeit genutzt. Sagen wir endlich laut **NEIN**. Als Bürger, als Aktivisten, als Menschen! Keine Waffen, keine Rüstung, sondern Lebensmittel für die Menschen in Palästina.

Wir als LINKE fordern:

- Einen sofortigen Stopp aller Waffenexporte – auch an Israel, auch an autoritäre Regime.
- Den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland.
- Die Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags.
- Keine militärische Forschung an Hochschulen.
- Keine neue Generation von Kampfbombern.
- Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht – wir sagen Nein zu staatlich verordneter Kriegstauglichkeit!
- Diplomatie, Deeskalation, Entspannungspolitik – gerade jetzt, in Zeiten von Kriegen im Nahen Osten, in der Ukraine, in Afrika.

Unsere Lehre aus Hiroshima heißt:

Nie wieder Krieg. Nie wieder Atomwaffen. Nie wieder Mitläufertum.

Denn wie Ozzy Osbourne einst sang:

"Politicians hide themselves away
They only started the war
Why should they go out to fight?
They leave that role to the poor".

Wenn diese Kriegstreiber ihre Kriege so dringend wollen –
dann sollen sie sie doch selbst führen.

Wir stehen heute hier – nicht nur um zu erinnern,
sondern um uns einzumischen, und zu sagen: Nein.